

26. Sitzung

des Gemeinderates der Stadtgemeinde Stockerau am 9. April 2014

Anwesend:

Bürgermeister:	Laab Helmut	SPÖ
Vizebürgermeister:	Hermanek Susanne Niederhammer Christa	SPÖ ÖVP
Stadträte-SPÖ:	Holzer Othmar, Ing. Klimesch Klaus ab (18:35 Uhr), Ryba Günter	
Stadträte-ÖVP:	KommR Hopfeld Peter, OSR Kronberger Karl, Dr. Moser Christian	
Stadtrat FPÖ:	Moll Gerald	
Stadtrat-GRÜNE:	Ing. Mag. Straka Andreas	
Gemeinderäte-SPÖ:	Ambrosch Walter, Bauer Johann, Blihall Silvia, Buchta Brigitte, Frithum Gabriele, Gatterwe Helmut, Hinterhauser Johannes, Minibeck Manfred, Riedler Corinna, Schöffauer Michaela,	
Gemeinderäte-ÖVP:	Mag. Falb Martin, Hetzendorfer Gregor (ab 18:30 Uhr), Ing. Huemer Friedrich, Ihm Ernst, König Franz, Kopf Eleonore,	
Gemeinderäte-FPÖ:	Glasl Markus, Krammer Daniel	
Gemeinderäte-GRÜNE:	DI Pfeiler Dietmar, Schneider Alexandra	

Entschuldigt:

StR Eisler Elfriede (SPÖ),
StR Ing. Klimesch Klaus (SPÖ) (bis 18:35 Uhr),
GR de Witt Hannes (SPÖ), GR Wondrak Gerda (SPÖ),
GR Hetzendorfer Gregor (ÖVP) (bis 18:30 Uhr),
GR Mag. (FH) Völkl Andrea (ÖVP),
GR Mag (FH) Winter Manfred (ÖVP),
GR Mayer Wolfgang (FPÖ)

Namensnennungen im Folgenden ohne Titel.

Ort: Rathaus Stockerau - großer Sitzungssaal

Beginn: 18:00 Uhr

Ende: 18:45 Uhr

Tagesordnung:

- I. Eröffnung der Sitzung – Feststellung der Beschlussfähigkeit**
- II. Berufung von Vertrauenspersonen**
- III. Wahl des Stadtrates**
- IV. Ergänzungswahl in die Ausschüsse**
- V. Anträge des Bürgermeisters**
 - 1.) Kinderradroute Stockerau – St. Andrä-Wördern
 - 2.) Entbindung vom Bankgeheimnis

Gemäß § 47 Abs. 3 NÖ.GO. in nicht öffentlicher Sitzung behandelt:

- I. Anträge des Bürgermeisters**
 - 1.) Personalangelegenheiten

I. Eröffnung der Sitzung – Feststellung der Beschlussfähigkeit

Bürgermeister Laab eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Die Mitglieder des Gemeinderates wurden ordnungsgemäß eingeladen, die Tagesordnung ist rechtzeitig kundgemacht worden und es erfolgten keine Einwendungen.

Bürgermeister Laab stellt das neue Gemeinderatsmitglied – Herrn Johann Bauer (SPÖ) vor und hofft auf gute Zusammenarbeit.

Vor Eingehen in die Tagesordnung gemäß § 46 (3) der NÖ Gemeindeordnung wird vom Bürgermeister der Antrag um **Aufnahme** der nachstehenden Tagesordnungspunkte gestellt:

in öffentlicher Sitzung

neu dazu

IV. Ergänzungswahl in die Ausschüsse

neu dazu

V. Anträge des Bürgermeisters

- 1.) Kinderradroute Stockerau – St. Andrä-Wördern
- 2.) Entbindung vom Bankgeheimnis

neu dazu eine

nicht öffentliche Sitzung

mit

I. Anträge des Bürgermeisters

- 1.) Personalangelegenheiten

Beschluss: **einstimmig beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
Prostimmen:	SPÖ	14
	ÖVP	9
	FPÖ	3
	GRÜNE	3

Weiters dazu ein **Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN Stockerau**

Resolution – Rücknahme des Erlasses des Finanzministeriums betreffend Abgabe auf Eigenverbrauch von selbst erzeugtem Solarstrom

Stadtrat Straka: Die **GRÜNEN STOCKERAU beantragen** gemäß §46 Abs.3 GO die Aufnahme des folgenden Tagesordnungspunktes in die heutige Sitzung:

Rücknahme des Erlasses des Finanzministeriums betreffend Abgabe auf Eigenverbrauch von selbst erzeugtem Solarstrom – Resolution der Stadtgemeinde Stockerau

Das Bundesministerium für Finanzen hat am 24. Februar einen Erlass zur Besteuerung der Eigennutzung von selbsterzeugtem Strom aus eigenen Photovoltaikanlagen verabschiedet (BMF-AV Nr.8/2014). Damit ist beim Eigenverbrauch von Sonnenstrom eine Abgabe von 1,5 Cent pro Kilowattstunde zu entrichten. Mit dieser Abgabe wird somit der Ertrag und selbst genutzte Ökostrom einer selbsterrichteten Energieerzeugungsanlage besteuert.

Die Belegung der Eigenstromerzeugung ab 5000 Kilowattstunden ist kontraproduktiv zum Ausbau von nachhaltigen Energietechniken zur Absicherung der Energieversorgung der Zukunft.

Grundsätzlich widerspricht die Abgabe dem Bestreben den Eigenverbrauch von sauberem Sonnenstrom zu fördern. Einerseits stützt der Staat mit einem kleinen Betrag Photovoltaik-Anlagen und es wird von Land und Bund, sowie auch von den Energieversorgungsunternehmen betont, dass eine optimale Ausnutzung des Eigenstromverbrauchs von Photovoltaik-Anlagen in den Mittelpunkt zu stellen sind, um auch die Netze zu entlasten. Andererseits wird vom Finanzministerium gerade diese Netzentlastung nun besteuert.

Die wichtigsten Gründe, die gegen eine Besteuerung des Eigenstromverbrauchs sprechen: Der Eigenverbrauch sorgt für eine Stabilisierung des Netzbetriebs und ist daher auch Bestandteil der Versorgungssicherheit.

Die Amortisationszeit für Photovoltaik-Anlagen verlängert sich und die vielfach geforderte Marktfähigkeit wird behindert anstatt unterstützt.

Die Administration ist für Privatpersonen kaum durchführbar, da die Abgabe selbst zu berechnen ist und monatlich abgeführt werden muss.

Bei Kleinanlagen übersteigt der administrative Aufwand den steuerlichen Ertrag.

Der Ausbau der sauberen Elektromobilität und die individuelle Speicherung, beides wichtige Zukunftsmodelle, werden behindert.

Im Gegensatz dazu sind Energieversorger von der Abgabe befreit, wenn diese den Strom für die Erzeugung von elektrischer Energie anwenden.

Der Gemeinderat möge die Verabschiedung der beiliegenden Petition an den zuständigen Finanzminister beschließen und ersucht um die umgehende Rücknahme des Erlasses vom 24. Februar 2014, welcher eine Abgabe von 1,5 Cent auf die Eigennutzung von selbsterzeugtem Strom aus eigenen Photovoltaikanlagen vorsieht.

Begründung der Dringlichkeit:

Die Stadtgemeinde Stockerau, Unternehmen und Privatpersonen in Stockerau haben die selbsterrichteten Sonnenstromanlagen in den meisten Fällen für die Eigennutzung des selbst erzeugten Sonnenstroms geplant und umgesetzt. Die nun eingeführte Steuer auf diesen Eigenstrom wirkt sich ab sofort auf die Wirtschaftlichkeit und Amortisation der PV-Anlagen negativ aus. Die neue Abgabe wirkt kontraproduktiv auf die Errichtung künftiger PV-Anlagen und konterkariert die Bemühungen der Gemeinden, Unternehmen und Privatpersonen zur Verringerung der Energieabhängigkeit.

Unterzeichnet von StR Andreas Straka, GR Alexandra Schneider, GR Dietmar Pfeiler

Abstimmung, ob Dringlichkeit gegeben ist.

Beschluss: **einstimmig beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
Prostimmen:	SPÖ	14
	ÖVP	9
	FPÖ	3
	GRÜNE	3

Der Dringlichkeitsantrag wird am Ende der öffentlichen Sitzung behandelt.

II. Berufung von Vertrauenspersonen

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Gemäß § 98 Abs 2 und 3 der NÖ Gemeindeordnung werden zur Entscheidung über die Gültigkeit oder Ungültigkeit der Stimmzettel zwei Mitglieder des Gemeinderates, die unter Berücksichtigung der Parteienverhältnisse ausgewählt werden, beigezogen.

Als Vertrauenspersonen werden beigezogen:

StR Holzer Othmar SPÖ
StR OSR Kronberger Karl ÖVP

Beschluss:

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
Stimmhaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
Prostimmen:	SPÖ	14
	ÖVP	9
	FPÖ	3
	GRÜNE	3

II. Wahl des Stadtrates

Da Stadtrat Mag. Gerd Krislaty sein Gemeinderatsmandat zurücklegte, ist eine Wahl zum Stadtrat notwendig.

Folgender Wahlvorschlag wurde eingebracht:

Von der SPÖ Fraktion: GR Brigitte BUCHTA

Der Wahlvorschlag wurde vom Bürgermeister überprüft und in Ordnung befunden.

Die Wahl ist geheim und erfolgt mit Stimmzettel. Da es nur einen Wahlvorschlag gibt, sind alle leeren Stimmzettel oder Stimmzettel mit anderen Namen ungültig.

Die Vertrauenspersonen StR Holzer und StR Kronberger werden zur Beurteilung der Gültigkeit der Stimmzettel beigezogen.

Stimmzettel werden ausgeteilt.

Die Wahl wird durchgeführt:	abgegebene Stimmzettel:	29
	ungültige Stimmzettel:	1
	gültige Stimmzettel:	28

Von den gültigen Stimmzetteln lauten

28 Stimmen auf Brigitte Buchta

Bürgermeister Laab fragt die neue Stadträtin, ob sie die Wahl annimmt.

StR Brigitte Buchta nimmt die Wahl an, somit ist

Brigitte Buchta zum neuen Mitglied des Stadtrates gewählt.

Applaus

IV. Ergänzungswahl in die Ausschüsse

Aufgrund des Ausscheidens von Herrn Mag. Gerd Krislaty aus dem Gemeinderat und aufgrund des Verzichtes als Ausschussmitglied von StR Brigitte Buchta im Ref. IV-Infrastruktur und aufgrund der Wahl zum Stadtrat von StR Brigitte Buchta sind folgende Ausschüsse neu zu besetzen:

- I. Finanzen**
- III. Schulen und Forschung**
- IV. Infrastruktur**
- X. Wirtschaft und Tourismus**
- XI. Liegenschaftsmanagement**
- XII. Sport und Freizeit**
- Prüfungsausschuss**

Für die Besetzung der Ausschüsse wurden von der Vorsitzenden der SPÖ-Fraktion folgende Personen nominiert:

I. Finanzen

StR Buchta Brigitte

statt Mag. Krislaty Gerd

III. Schulen und Forschung

StR Buchta Brigitte

statt Mag. Krislaty Gerd

IV. Infrastruktur

GR Bauer Johann

statt StR Buchta Brigitte

X. Wirtschaft und Tourismus

GR Bauer Johann

statt Mag. Krislaty Gerd

XI. Liegenschaftsmanagement

GR Bauer Johann

statt Mag. Krislaty Gerd

XII. Sport und Freizeit

StR Buchta Brigitte

statt Mag. Krislaty Gerd

Prüfungsausschuss

GR Gatterwe Helmut

statt StR Buchta Brigitte

Der Gemeinderat der Stadt Stockerau hat die Wahl in die Ausschüsse durchzuführen.
Die Wahl in die Ausschüsse erfolgt geheim und mit Stimmzettel.

Die Vertrauenspersonen StR Holzer und StR Kronberger werden zur Beurteilung der Gültigkeit der Stimmzettel beigezogen.

Stimmzettel werden ausgeteilt.

Die Wahl wird durchgeführt:	abgegebene Stimmzettel:	29
	ungültige Stimmzettel:	0
	gültige Stimmzettel:	29

Der eingebrachte Wahlvorschlag wird mit 29 Stimmen angenommen.

V. Anträge des Bürgermeisters

1.) Kinderradroute Stockerau – St. Andrä-Wördern

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Es ist beabsichtigt, eine Kinderradroute mit einigen Stationen in der Au zu errichten.

Beginn der Kinderradroute ist beim Bahnhof (1. Station) und führt bis zur Donau, wo sie dann in St. Andrä-Wördern endet. Entlang dieser Route werden einige Stationen mit Tafeln, die ein bestimmtes Thema beinhalten, errichtet.

Die Finanzierung der Planung sowie der Umsetzung der einzelnen Stationen wird durch die Weinviertel Tourismus GmbH im Rahmen des LEADER-Projektes Weinviertel an der Donau übernommen.

Die Stadtgemeinde Stockerau leistet ihren Beitrag durch Eigenleistungen für Montage der Stationen und Wartungsarbeiten im Stockerauer Gebiet.

Aufwand Eigenleistungen:

Errichtung des Themenweges:

11 Stk. Robinienstämme inkl. Versetzen

9x Montage Thementafeln an Robinienstämmen

25 x Montage ggf. Versetzen der Wegweiser

Installation der 3 Schwimmobjekte (Frösche) im Teich (Versenken d. Gewichte)

Wartungsarbeiten (im Zuge von anderen Aufgaben/Tätigkeiten in der Au)

2 x in der Saison: Am Beginn (ca. März/April) sowie Mitte (ca. Juni/Juli)

Kontrolle der Vollständigkeit bzw. Funktionalitäten der Stationen, insbesondere

Station „Wasser“: ggf. Schmieren

Station „Hirschweg/Früchte“: ggf. Ausschneiden (insb. nach Austrieb)

Station „Au-Wald“: ggf. Schmieren sowie Vollständigkeit d. Farbmarkierungen an den Bäumen (sofern nicht durch Schulprojekt abgedeckt)

Station „Altarm-Konrad“: ggf. Schmieren

Station „Schlafende Schlange“: Zustand des Zuweges

Die Errichtung der Kinderradroute in der Au wird genehmigt, wobei die Stadtgemeinde Stockerau die Montagekosten und Wartungskosten im Stockerauer Gebiet zu übernehmen hat.

Gemeinderat Hetzendorfer nimmt an der Sitzung teil (18:30 Uhr).

Stadtrat Moll: In dieser Radkinderoute ist eine Station enthalten, nämlich die Station 1 – die sogenannte Station „Laubfrösche“, wo vorgesehen ist, unter der Aubrücke drei Schwimmobjekte aus Kunststoff zu installieren. Diese Schwimmobjekte sollen Frösche darstellen. Die Größe dieser Plastikfrösche ist allerdings ist noch nicht definiert. Ich habe heute mit Frau Eder, die dieses Projekt macht, gesprochen, und habe gesagt, dass man anstelle dieser Kunststofffrösche durch lebende Frösche ersetzen könnte. Sie war dieser Idee gegenüber sehr aufgeschlossen und hat mich gebeten, dass im Protokoll der heutigen Sitzung folgendes vermerkt wird, weil sie dann entsprechend diesem Protokoll die Änderung dieser Station vornehmen möchte. Und zwar, es soll anstelle dieser Plastikfrösche eine Schautafel errichtet werden, auf der sämtliche in der Stockerauer Au vorkommende Kröten in all ihren Lebensabschnitten dargestellt und erklärt werden. Der Hintergrund dafür ist die Kinder die Tiere in lebender Natur beobachten können und dass es allemal interessanter sein sollte als diese Plastikfrösche, die noch dazu meiner Meinung nach Ziel für Vandalismus sein werden, weil wir haben in der

Vergangenheit bei diesem Biotop immerhin schon mit Vandalenakte zu kämpfen. Wenn dort Plastikobjekte herum schwimmen, sind das meiner Meinung nach sicher Ziele für Leute, die glauben, diese Plastikfrösche in irgendeiner Form abschießen zu können, insbesondere mit Flaschen oder ähnlichem. Nach dem auch wir für die Erhaltung dieses Radweges in Zukunft zuständig sein werden, glaube ich, dass diese Änderung nicht nur aus biologischen Gründen, aus erzieherischen und pädagogischen Gründen sondern auch aus dem Grund, dass man Vandalenakte hintanstellt.

Stadtrat Klimesch nimmt an der Sitzung teil (18:35 Uhr).

Stadtrat Straka: Diese Kinderradroute mag schon etwas Staub aufgewirbelt haben bei verschiedenen Treffen mit den Planern dieser Route. Es haben sich Änderungen ergeben, die teilweise gemacht wurden und teilweise nicht gemacht wurden. Eben auch diese Frösche z.B. sind ein Beispiel dafür, für Dinge, die wir eigentlich nicht in der Au haben wollen. Das Motto dieses Radweges baut mehr oder weniger auf kitschigen Sachen auf, unserer Meinung nach und auch nach Meinung der Augruppe, die sich eigentlich schon längere Zeit damit beschäftigt, wie man unsere Au safttouristisch nutzen kann. Es ist nun ein Wechsel, dass man jetzt hier eine Kinderradroute beschließt, von der es noch nicht einmal ein richtiges Projekt gibt. Es gibt immer wieder Details, die werden dann geändert, ja das könnte man so machen, ja das sollte man so machen. Aus diesem Grund wollen wir dieser Variante der Kinderradroute unsere Zustimmung nicht geben.

Stadtrat Hopfeld: Diese Kitschigkeit, die hier erzeugt wird, ist absichtlich, aus dem einfachen Grund, weil man ganz kleine Kinder an die Au gewöhnen möchte und die Au zeigen möchte. Frau DI Eder und der Weinvierteltourismus haben an und für sich die Aufgabe gehabt, Ideen im ganzen Weinviertel zu finden, die Betty Bernstein zu platzieren. Die Betty Bernstein ist jetzt nicht nur in unserer Au sondern die zieht sich durch das ganze Weinviertel. In Schosshof wird das genauso gemacht. Man möchte die Kleinsten hinführen. Wenn sie dann größer sind, kann man mit Tafeln erklären, um was es geht und die Natur näher bringen. Es geht wirklich hier nur um eine gewisse Kindergruppe im kleinsten Kinderalter auf einem sicheren Radweg in der Au entlang zu führen. Ich glaube, man sollte das nicht so kritisch sehen und darstellen, wie wenn das irrsinnig störend in der Au wäre. Wie bringt man ganz kleine Kinder in die Au raus, nur wenn man Lenautafeln oder Schulungstafeln hinstellt, das interessiert die kleinen Kinder wirklich nicht. Betty Bernstein – wenn das einmal im Kopf der Kleinen drinnen ist, dann werden sie das annehmen.

Stadtrat Straka: Die Betty Bernstein ist ein Maskottchen der Bernsteinstraße. Die ist im Bereich der March im Osten Österreichs von Norden nach Süden gegangen und von Süden nach Norden und hat von mir aus gar keine Berechtigung. Zu den kleinen Kindern – es gibt eine Reihe von Kindergartenpädagoginnen, die mit ihren Kindern in die Au gehen und die können sich auch jetzt schon sehr gut beschäftigen, mit den Materialien, die es in der Au von Natur aus gibt. Sie werden zum Spielen verwendet, zum Erklären verwendet. Ich glaube nicht, dass es notwendig ist, dass Kinder den Kitsch brauchen. Es gibt Leute, die mit den Kindern normal reden.

Bürgermeister Laab: Wenn es kindergerecht aufbereitet ist, muss es nicht unbedingt Kitsch sein. Es wird Pädagogen geben, die das befürworten, und welche, die es verurteilen.

Das Projekt ist da und es wurde seitens des Weinviertel Tourismus versucht, mit allen das Einvernehmen zu erzielen. Man hat auf verschiedene Stationen verzichtet oder diese abgeändert. Im Grunde genommen sind es hauptsächlich Hinweistafeln und es muss ein Beschluss her, damit wir sagen können, auf unserem Stadtgebiet ist der Gemeinderat einverstanden, dass dort diese Beschilderung errichtet wird. Im Verhältnis zu der Anzahl der Stationen wird in St. Andrä-Wördern wesentlich mehr an Stationen errichtet als bei uns.

Beschluss:

mehrheitlich beschlossen

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	3
Stimmhaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
Prostimmen:	SPÖ	15
	ÖVP	10
	FPÖ	3
	GRÜNE	0

2.) Entbindung vom Bankgeheimnis

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Verfahrens bezüglich LOBO-SWAP soll die HYPO NOE Gruppe (Hypo Invest) und die HYPO Real Consult Bankengruppe für sämtliche Daten und Informationen vom Bankgeheimnis entbunden werden, die an den Mediator Herrn Dr. Andreas Staribacher übermittelt werden sollen.

Stadtrat Straka: Da dieser Tagesordnungspunkt so spät auf die Tagesordnung gekommen ist, haben wir keine Unterlagen dazu gesehen. Was hat dieser Antrag zu bedeuten? Gibt es eine Erklärung dazu?

Bürgermeister Laab: Um zu erklären, müsste ich diesen Tagesordnungspunkt in die nicht öffentliche Sitzung weiter leiten.

**Wenn Sie einverstanden sind,
wird dieser Antrag in der nicht öffentlichen Sitzung behandelt.**

Beschluss: einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
Prostimmen:	SPÖ	15
	ÖVP	10
	FPÖ	3
	GRÜNE	3

Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN

Stadtrat Straka: Die Petition, die wir vorschlagen, an den Finanzminister zu senden, soll lauten:

Die Stadtgemeinde Stockerau arbeitet aktiv an der Umsetzung einer erneuerbaren Energiepolitik.

Mit dem Erlass zur Besteuerung der Eigennutzung von selbsterzeugtem Strom aus eigenen Photovoltaikanlagen vom 24. Februar 2014 (BMF-AV Nr.8/2014) wird den Bemühungen zur Erhöhung des Eigenverbrauchs von sauberem Sonnenstrom entgegengewirkt. Der Eigenverbrauch sorgt zusätzlich für eine Stabilisierung des Netzbetriebs und ist daher auch Bestandteil der Versorgungssicherheit.

Die Belegung der Eigenstromerzeugung ab 5.000 Kilowattstunden mit einer Abgabe in der Höhe von 1,5 Cent ist kontraproduktiv, wenn es um den Ausbau von nachhaltigen Energietechniken zur Absicherung der Energieversorgung der Zukunft geht und auch sachlich nicht begründbar.

Diese Abgabe verlängert die Amortisationszeit für Photovoltaik-Anlagen und die vielfach geforderte Marktfähigkeit wird behindert anstatt unterstützt.

Die Besteuerung der Eigennutzung von selbsterzeugtem Strom aus eigenen Photovoltaikanlagen betrifft nicht nur die Gemeinden sondern auch die Betreiber vieler privat errichteter Photovoltaikanlagen auf Einfamilienhäusern.

Aus diesem Grund ersucht die Stadtgemeinde Stockerau um eine unverzügliche Rücknahme des Erlasses vom 24. Februar 2014 und ersucht auch künftig, keine Besteuerung von selbst genutztem Strom aus eigenen Photovoltaikanlagen zu beschließen.

Stadtrat Moll: Ich bin leider zu wenig in die Materie bisher eingedrungen, um einen Antrag, der knapp vor der Sitzung mir zu Auge gekommen ist, ohne weiteres die Zustimmung zu geben. Z.B. Eigenstromerzeugung von 5000 kWh. Ist das Jahresleistung?

Stadtrat Straka: Jahresleistung.

Stadtrat Moll: Was ich zu bedenken gebe, dass ist der wahnsinnige administrative Aufwand. Es werden Gesetze erlassen, die nicht nur für Privatpersonen sondern auch für Firmen, die große Photovoltaikanlagen errichten wollen, um ihre Stromkosten vielleicht zu reduzieren, und die mit einem administrativen Aufwand belastet werden. Es erscheint mir auch bei dem Erlass als Mangel, nämlich dass es keine Zweckgebundenheit bei dieser Abgabe gibt. Die Zweckgebundenheit, die ich einfordere schaut so aus. Nämlich jede 1,5 Euro Cent müssten zweckgebunden sein zur Reduzierung der Ökostromabgabe, die jeder Stromverbraucher zahlen muss. 20%, die jeden Haushalt sehr belastet und zwar jene Haushalte, die sich den Luxus einer eigenen Photovoltaikanlage nicht leisten können. Nachdem diese Zweckgebundenheit nicht da ist und der administrative Aufwand ist diese Resolution zu unterstützen, damit vielleicht nochmals darüber er nachgedacht wird.

Gemeinderat Falb: Im Anschluss auf das, was Sie Herr Kollege Moll sagen, darüber wird nachgedacht, ob das der Weisheit letzter Schluss ist. Es gibt nämlich öffentliche Ankündigungen sowohl vom Finanzminister als auch von der SPÖ, dass man hier etwas machen will. Das Problem ist in der Sache, dass es nicht um eine Rücknahme eines Erlasses geht, sondern eine gesetzliche Änderung erforderlich ist, dies rückgängig zu machen. Darüber wird verhandelt. In dem Sinn ist dokumentiert von beiden Regierungsparteien der Wille, das zum Positiven zu ändern. Deswegen sehen wir keine Notwendigkeit, diesem Antrag zuzustimmen. Wir haben der Dringlichkeit zugestimmt, weil wir der Meinung sind, dass jeder hier im Gemeinderat seine Anliegen unmittelbar diskutiert haben soll, aber inhaltlich werden wir diesem Antrag nicht zustimmen.

Bürgermeister Laab: Von der Information, von der Kurzfristigkeit, die hier vorgelegt wurde und der Tatsache, dass diese Sache noch zurückgenommen werden kann, dass es gar nicht passiert, würde ich auch hier sehen, dass wir uns nicht als Gemeinderat einer Resolution anschließen, die vielleicht dann jeder Grundlage entbehrt.

Beschluss:

mit Stimmenmehrheit abgelehnt

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	15
	ÖVP	10
	FPÖ	0
	GRÜNE	0

Stimmhaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
Prostimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	3
	GRÜNE	3

Bürgermeister Laab schließt die öffentliche Sitzung. Er beginnt mit der nicht öffentlichen Sitzung. (Siehe dazu Protokoll der nicht öffentlichen Sitzung im Anschluss an die öffentliche 26. Gemeinderatssitzung vom 09.04.2014).

Der Bürgermeister

Helmut Laab

Für die SPÖ-Fraktion

Für die ÖVP-Fraktion

Vizebürgermeisterin Hermanek

Vizebgm. Christa Niederhammer

Für die FPÖ-Fraktion

Für die GRÜNEN-Fraktion

StR Gerald Moll

StR. Mag. Ing. Andreas Straka

Für das Protokoll

Schriftführerin

StADir. Dr. Maria-Andrea Riedler

Doris Eder